

Perspektivkongress: Es geht auch anders!  
14. - 16. Mai 2004

Achse 4: Demokratie

**Wie viel Markt verträgt die Demokratie?**  
**Thesen zum Stichwort: Arbeitswelt**

1. Die europäische Idee von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gerät in Europa durch den scheinbar zwangsläufigen Globalisierungstrend unter die Räder. Der Markt richtet es nicht: Statt mehr Freiheit, Gleichwertigkeit und solidarischer Unterstützung entsteht - trotz gewaltiger Produktivität unserer Wirtschaft - zunehmende Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Das gilt national zwischen den Bürgerinnen und Bürgern wie international zwischen den Ländern. Die gesellschaftlichen Eliten verbreitern ihre Privilegien, Einkommen und ihre persönlichen Freiheiten. Dagegen werden bei der Bevölkerungsmehrheit Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter individualisiert, obwohl jeder weiß, dass eine Gemeinschaft Risiken besser verteilen und so verkraften kann.
2. Chancengleichheit und gleichberechtigte Partnerschaft sind wesentliche Voraussetzungen von Freiheit und Demokratie. Unter Herrschaft ist der Mensch nicht frei. Die Vision von Willy Brandt: „Mehr Demokratie wagen“, ist stecken geblieben. Aus „Volks“wirtschaft ist „Geld“wirtschaft geworden. Statt mehr Demokratie zu praktizieren, bestimmen selbsternannte „Experten“ und Managereliten viele Entscheidungen. Die Steuer-, Finanz- und Bildungspolitik ist dafür ein Beispiel. Hier rangieren Zahlen vor Menschen.

Vereinzelt gibt es Ausnahmen, die Mut machen: z.B. macht das neue rot-rote Schulgesetz in Berlin, Eltern mit Schülern und Lehrkräften zu gleichberechtigten Entscheidern in der Schulkonferenz. Einige finden diesen Ansatz unmöglich. Wie sollen angeblich „ungebildete“ Eltern von Hauptschülern wissen, was für die Schule gut ist? Nun, Demokratie ist eben stets verbunden mit dem Abbau von Privilegien und verbunden mit der Notwendigkeit, von einander zu lernen.

Markt und Demokratie gehören zusammen. Der Markt, auf dem alle die gleichen Informationen haben, um demokratisch entscheiden zu können, ist eine allerdings eine Illusion. Nicht einmal auf dem regionalen „Marktplatz“, der Piazza kennen wir alle Erzeuger, Händler, Finanziere persönlich. Marktwirtschaft bedarf stets der gesellschaftlichen Regulierung, damit sie sozial wird. Die unsichtbare Hand des Marktes, die Herr Merz von der CDU und andere so gerne bemühen, ist bekanntlich deshalb unsichtbar, weil es sie nicht gibt.

Der Versuch von nicht demokratisch legitimierter Ökonomen und „Experten“, bestimmen zu wollen, wie sich eine Gesellschaft organisieren soll, ist eine Anmaßung. Diese Entscheidung geht nur durch einen demokratischen Exkurs. Ich stimme Antony Giddens zu, wenn er sagt, dass Demokratie eine wirksame Dezentralisierung der Macht bedeutet: „Unsere Welt braucht nicht weniger, sondern mehr Lenkung - dies können nur demokratische Institutionen leisten.“

3. Im Kontext der Globalisierung ist die Idee der Freiheit und der Demokratie erfolgreich verbreitet worden, nicht nur in Mittel- und Osteuropa, sondern auch in Afrika und Asien.

Es sind in den letzten 20 Jahre mehr Demokratien - in welchem Reifegrad auch immer - entstanden und Diktaturen verändert worden, als in einhundert Jahren vorher.

In einer Demokratie ist nach gewerkschaftlicher Überzeugung die „Soziale Marktwirtschaft“ die ideale Staatsform, da sie die soziale Balance zwischen Starken und Schwachen und damit Chancengleichheit und Freiheit herstellen kann.

Solange die Märkte und Entscheidungen überwiegend national verfasst waren, konnten demokratische Prozesse auch die Wirtschaft hinreichend beeinflussen. Der demokratische Staat war gegenüber den privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen einigermaßen gleich stark aufgestellt. Dies hat sich im Zuge der Globalisierung stark verändert. Global aufgestellte Unternehmen spielen über die internationalen Finanzmärkte mit den Staaten und ihren demokratischen Entscheidungen Ping-Pong, Parlamentarier beklagen angebliche Machtlosigkeit.

Die Globalen Unternehmen sind in sich nicht demokratisch verfasst, einen persönlich haftenden Unternehmer gibt es nicht. Es herrschen Managereliten als „Oberverwalter“ ohne eigenes Risiko über Menschen und gewaltige Produktionsmittel und -apparate. Globale Unternehmen können - aufgrund fehlender demokratischer Regulierungen - alle Vorteile des öffentlichen Marktes wie Infrastruktur, Bildung, Sicherheit etc. nutzen, ohne sich für den Bestand und Erhalt zu engagieren und verantworten zu müssen.

4. Über die Notwendigkeit von „Wirtschaftsdemokratie“ wurde schon in der Weimarer Republik diskutiert. Sie kam nicht zustande. Eine Folge aus dem Misslingen war der Faschismus und ein verheerender Krieg in Europa mit Millionen Toten. Nach dem Krieg gab es in Deutschland einen gesellschaftliche Konsens , dass wirtschaftliche Macht sich nie wieder zusammen ballen darf - und demokratisch kontrolliert werden muss.

Im Gesellschaftsrecht wurde - als Alternative zur staatlichen Sozialisierung - in der Montanindustrie (Kohle und Stahl) die paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat eingeführt. Demokratisch gewählte Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften stimmen gleichberechtigt mit Aktionärsvertretern über Unternehmensziele und Strategien ab. Bei einem Patt entscheidet ein Unabhängiger, der besonders dem Gemeinwohl verpflichtet ist.

Die Vision „Mehr Demokratie wagen“ brachte 1976 unter der SPD/FDP-Regierung eine abgeschwächte Mitbestimmung in allen Kapitalgesellschaften ab 2000 Beschäftigten. Heute existieren in rund 800 Unternehmen paritätisch gebildete Aufsichtsräte. Demokratisch gewählte Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaften haben gleichberechtigten Einfluss. Entscheiden können sie allerdings nichts. Die Kapitalseite hat immer die Mehrheit (Doppelstimmrecht des Vorsitzenden).

Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie und Kontrolle wirtschaftlicher Macht in anonymen Kapitalgesellschaften ist nicht in der aktuellen Diskussion. Das ist merkwürdig, den noch nie gab es eine solche - immer noch zunehmende - Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, besonders bei den globalen Unternehmen.

5. In Deutschland und Europa gab es in der Arbeitswelt weitere Ansätze für die Verringerung von Herrschaft und mehr Demokratie. Mitbestimmung der Beschäftigten am Arbeitsplatz, Mitbestimmung in Betrieb und Verwaltung durch Betriebs- und Personalräte wurden Mitte der 70er Jahre und zu Beginn der heutigen rot-grünen Regierung verbessert. Mitbestimmung soll die Eigenverantwortung der Beschäftigten stärken und entspricht der Tugend der Demokratie, Menschen aktiv zu entwickeln, sie mit entscheiden zu lassen.

Diese bescheidenen Ansätze der Demokratie in der Arbeitswelt sollen jetzt wieder beseitigt werden. Angeblich blockieren sie die nötige Entwicklung der deutschen Wirtschaft in Europa und behindern eine effektive Unternehmensaufsicht.

Einige Berliner Professoren (z.B. Axel von Werder) - aus Steuermitteln der demokratischen Republik finanziert und privilegiert abgesichert - fordern, die Zustände vor 1918 bzw. 1922 wieder herzustellen: Arbeitnehmer und Gewerkschaften sollen bei großen Kapitalgesellschaften nicht mehr im Zentrum der unternehmerischen Entscheidungen, den Aufsichtsräten, vertreten sein. Nur noch unverbindliche „Konsultationsräte“ soll es geben. Statt Partnerschaft, Gleichberechtigung und demokratische Freiheit wird das Prinzip Herrschaft neu installiert. Damit würden die Menschen, die die Wertschöpfung in einem Unternehmen hervorbringen, endgültig von demokratischen Einflussnahme ausgeschlossen - und damit zu Bittstellern. Das ist vordemokratisch und antirepublikanisch.

Zukünftig wird es in Europa Unternehmen als Europäische Aktiengesellschaft (SE = Societate Europaea) geben. Die Kapitaleigner können bestimmen, ob sie das Unternehmen durch einen Board anglo-amerikanischer Machart oder einen Vorstand mit dem ihn kontrollierenden Aufsichtsrat führen lassen wollen.

Wieso bestimmen nur Aktionäre? Wie wäre es, auch die Belegschaften in den Unternehmen demokratisch darüber abstimmen zu lassen, welche Form der Unternehmensführung für die Unternehmen in Europa am besten ist?

6. Auch Betriebs- und Personalräte sind im Visier bestimmter Politiker - demokratisch verfasste Gewerkschaften sowie so. „Entbürokratisierung“ von Vorschriften ist eine harmlose Neusprech-Umschreibung für den Abbau von demokratischen Rechten in Betrieb und Gesellschaft.

Bei ruhiger Betrachtung sehen wir: wir brauchen in einer zukunftssträchtigen wissensbasierte Industriegesellschaft mehr, nicht weniger Beteiligung der Menschen. Die Arbeitnehmer wollen und werden sich in Zukunft zunehmend selbst managen. Ohne Partizipation und ohne Entscheidungsmacht der Arbeitnehmer/innen werden Unternehmen in der Zukunft uninteressant und nicht mehr führbar sein.

Betriebe mit „einem Stück Demokratie“ sind Unternehmen mit patriarchalischen Kommandostrukturen weit überlegen. Die sehr hohe Arbeitsproduktivität und geringe Streikquote in Deutschland sind auch eine Folge der besser ausgebauten Arbeitnehmerbeteiligung.

7. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind sowohl als Konsumenten/innen auf dem Markt wie als Produzenten/innen an guten qualitativen Dienstleistungen und Produkte interessiert. Das bringt den Markt und die Demokratie wieder näher zusammen.

Aufgrund der wirtschaftsverfassungsrechtlichen Neutralität unseres Grundgesetzes ist eine Gesetzgebung und eine Wirtschafts-, wie eine Tarifpolitik, zulässig, die nicht den höchstmöglichen Gewinn, sondern reale Bedürfnisse der Bevölkerung zum Ausgangspunkt nimmt. Wirtschaften soll dem Menschen dienen - nicht anders herum.

Aktionäre investieren und riskieren in einem Unternehmen nur Geld, Menschen dagegen einen großen Teil ihres Lebens. **Teilhabe durch Mitbestimmung ist deshalb in Zukunftsunternehmen unverzichtbar.** Die Menschen wollen nicht wie Marionetten behandelt werden. Sie wollen in Respekt auf gleicher Augenhöhe agieren und mitentscheiden, wenn es um einen wichtigen Teil ihres Lebens und ihrer Existenz geht.

8. Auch Kapitalbesitzer können die großen Unternehmen nicht mehr kontrollieren und steuern - wenn sie denn überhaupt Interesse an dem Unternehmen und nicht nur an Geldvermehrung haben. Das Prinzipal-Agent-Problem hat sich verschärft. Es bildet sich ein „Manager-Feudalismus“ heraus, bei dem die Manager eigene Maßstäbe für sich selbst setzen. Die Höhe von Managergehältern - ca. 1,3 Mio. bei den DAX-Unternehmen pro Jahr, Viktory-Zeichen vor Gericht und der absolute Anspruch, man wisse, was für die Gesellschaft gut ist, sind dafür beredete Anzeichen. Mit Demokratie hat das nichts zu tun.

Angesichts weltweit handelnder multinationaler Konzernen sind weder nationale Ansätze der Interessenvertretung noch die Entwicklung einer Mitbestimmungskultur auf europäischer Ebene durch Europäische Betriebsräte ausreichend. Konzernbezogene gewerkschaftliche Netzwerke bzw. Weltkonzernausschüsse, Weltbetriebsräte oder erweiterte Europäische Betriebsräte sind als auszubauende Anfänge einer internationalisierten Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie Vorboten einer dauerhaften Weltdemokratie.

9. Bei der Globalisierung steht nicht das Bemühen um das Wohlwollen der Völker und die Erleichterung menschlichen Lebens im Vordergrund. Hier ist Vorteilsnahme Weniger die Triebfeder. Doch wir können das ändern, wenn wir demokratische Teilhabe in vielen unterschiedlichen Bereichen einfordern und umsetzen.

Norman Birnbaum hat recht, wenn er sagt: „Als die erste Voraussetzung einer Wiederbelebung demokratischer Politik erweist sich die Rückeroberung unser Volkswirtschaften.“

**Das gilt auch für Unternehmen und Betriebe. Eine Gesellschaft kann nicht die Demokratie als leitendes Prinzip erklären und zugleich darauf verzichten, dieses Prinzip im Produktionsprozess, der die Grundlage jeder Gesellschaft ist, im Sinne von „Betriebsdemokratie“ zu verwirklichen.**

Wenn Belegschaften sich aktivieren und ihre Sache in die eigene Hand nehmen, fördert dies Eigenverantwortung, Demokratie und die Marktkräfte.

Gleichzeitig müssen wir uns auch in die Machtzentren der globalen Unternehmen begeben und dürfen nicht klein begeben. Nicht als Gegenmacht, die eine Herrschaft durch eine andere ersetzen will, sondern als eine „andere Macht“. Es ist die Macht der alternativen Gestaltung von Wirtschaften, partnerschaftlichem Arbeiten und einer nachhaltigen Unternehmensführung, die den Kreativität wie Persönlichkeit der Menschen unterstützt und entwickelt. Eine solche, nachhaltige Unternehmensführung ist technisch wie sozial überaus innovativ und erfolgreich.

**Unternehmen sind natürlich zuerst eine ökonomische Angelegenheit. Doch genauso sind sie gesellschaftspolitische und moralische Organisationen, in denen Menschen viel Zeit verbringen. Marktmacht ist stets mit der Demokratiefrage verbunden. Ohne wirkliche Partnerschaft und Gleichberechtigung bei den Entscheidungen, ohne wirtschaftliche Kontrolle, ohne demokratisch diskutierte Ziele erfüllen Unternehmen letztlich ihren Zweck für die Gemeinschaft und die Marktteilnehmer/innen nicht.**

Die Gewerkschaften haben in ihrer Geschichte gelernt: nichts vollzieht sich ohne Kampf. Privilegien und Macht werden nicht freiwillig aufgegeben. Die Ausweitung der Demokratie auf allen Ebenen ist diesen Kampf wert.

Mit unserem Stolz und unser Würde als Menschen müssen wir auch im Betrieb und Unternehmen für das Primat der Demokratie und gegen angeblich ökonomische Sachzwänge eintreten.

Wenn wir Markt und Demokratie entlang von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit „neu“ konstituieren wollen, dann ist praktizierte Menschlichkeit das eine Unverzichtbare. Hinzu muss die Transformation des derzeitigen Gesellschaftsrechtes durch alternatives Handeln und die Absicherung von Eigentums- und Entscheidungsrechten der demokratischen Bürgergesellschaft und der Arbeitnehmerschaft an anonymen Kapitalgesellschaften kommen. Die Architektur des Marktes liegt in der Entscheidung einer demokratischen Gesellschaft.